



Berlin, 14. Dezember 2011

GdP: Beamtenversorgung nicht zur Stimmungsmache missbrauchen

Berlin. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, warnte davor, die Hochrechnung der Versorgungslasten für die öffentlichen Haushalte als Stimmungsmache gegen die Beamtinnen und Beamten zu missbrauchen. Der Bund der Steuerzahler hatte am Mittwoch in Berlin eine Studie vorgestellt, nach der sich diese Lasten bis 2050 auf 1,36 Billionen Euro belaufen.

Witthaut: „Während ihrer gesamten Laufbahn leisten Beamte Beiträge zu ihrer späteren Versorgung. Durch ein im Vergleich zu anderen Arbeitnehmern abgesenktes Einkommen legen die Regierungen in Bund und Ländern die spätere Altersversorgung seiner Beamten monatlich an die Seite. Skandalös ist, dass diese Versorgungsrücklagen zum Stopfen von Haushaltslöchern unterschlagen wurden.“

Eine Absage erteilte Witthaut der Forderung des Steuerzahlerbundes, die Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten generell auf 67 Jahre anzuheben.

Witthaut: „Ich möchte den Feuerwehrmann, den Polizisten und den Lehrer sehen, die psychisch und physisch auch nur annähernd bis zu diesem Alter ihren Beruf ausfüllen können. Polizistinnen und Polizisten sind darüber hinaus enorm gestiegenen körperlichen und seelischen Belastungen ausgesetzt. Jahrzehnte langer Wechselschichtdienst, massive Überstundenzahlen, der dramatische Zuwachs an Gewaltübergriffen und kaum planbare Freizeiten an Wochenenden laugen unsere Kolleginnen und Kollegen aus.“

Auch die wirkungsgleiche Übertragung von Rentenkürzungen auf die Beamtenversorgung gehe, so Witthaut, von falschen Prämissen aus. Witthaut: „Die Einkommen und Pensionen der Beamten sind in den letzten Jahren bereits Opfer zahlreicher Kürzungen geworden.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190